

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner
Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Protokollführerin

Protokollführer Blanca Homma

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Matthias Rensch

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton
beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann
beratendes Mitglied Jasmin Meiners
beratendes Mitglied Gabriele Willich

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Jugendamt

Jugendamt Stephanie Wolf

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied (Vertretung) Susann Oelrichs

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied (kraft Amtes) Jörg Ratzmann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Grundmandat Michael Kiesewetter

Grundmandat Thorsten Moriß

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.03.2023
- 4 Beschluss der Vorschlagsliste für die Jugendschöffenwahl 2023 **105/2023**
- 5 Haushaltsplan 2023/2024 – Teilhaushalt 251 (Jugend)
- 6 Maßnahmen des Teilhaushaltes 251 (Jugend) für das HSK

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schaar zeigt auf, dass der Sitzungstermin sehr ungünstig liege. Herr Ratzmann erklärt, dass dies der einzig mögliche Termin gewesen sei, die Sitzung habe aufgrund der zeitlichen Überschneidung mit dem Aufsichtsrat Klinikum verschoben werden müssen.

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.03.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.03.2023 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Beschluss der Vorschlagsliste für die Jugendschöffenwahl 2023

105/2023

Herr Schaarschmidt erklärt, dass er im RIS keinen Zugang zu der Vorschlagsliste gehabt habe. Mehrere Mitglieder pflichten ihm bei, anderen Mitgliedern liegt die Liste vor. Herr Hager unterbricht die Sitzung für wenige Minuten, damit den Mitgliedern die Liste in Papierform vorgelegt werden kann.

Anschließend führt Frau Homma aus, dass die Vorschlagsliste insgesamt 93 Personen umfasse. Davon seien 57 Personen weiblich und 36 Personen männlich. Die vorgeschlagenen Personen seien zwischen 25 und 69 Jahren alt, durchschnittlich 56 Jahre. Sie kommen aus dem gesamten Stadtgebiet. Ein Viertel aller Bewerber und Bewerberinnen sind im Ruhestand. Nach Beschluss der Liste werde diese öffentlich ausgelegt und schließlich dem Schöffenwahlausschuss zur Wahl vorgelegt. Hinsichtlich des genauen Procederes verweist sie auf die Erläuterungen aus den vergangenen Sitzungen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die anliegende Vorschlagsliste (getrennt nach Frauen und Männern) für die Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2024 bis 2028 (siehe Anlage).

5 Haushaltsplan 2023/2024 – Teilhaushalt 251 (Jugend)

Herr Bruns legt dar, dass die Stadt Wilhelmshaven bei einem Jahresumsatz von 316 Mio. Euro ein Defizit von 27 Mio. Euro erwirtschaftete. Bei der Prognose bis 2027 zeigen sich deutlich mehr Ausgaben als Einnahmen, sodass sich das Defizit auf 74 Mio. Euro summieren würde. Das führe dazu, dass das Eigenkapital aufgezehrt werde und daher eine Haushaltskonsolidierung stattfinden müsse. Die größten Steigerungen habe es in den Ausgaben des Bereichs Jugend und Soziales gegeben. Daher werde eine strukturelle finanzielle Verbesserung benötigt, um Kredite dauerhaft bedienen zu können.

Herr Ratzmann lobt die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzen und stellt den Haushalt des Fachbereichs 51 dar. Bei Annahme der finanziellen Entwicklungen werde aktuell mit einer Steigerung der Ausgaben auf 61 Mio. Euro im Jahr 2027 gerechnet. Um eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen sei es notwendig, die Lage der Familien zu verbessern und Prävention zu leisten. Anhand der anliegenden Präsentation stellt Herr Ratzmann die wesentlichen Produkte vor, noch nicht bestätigte Erträge und Aufwendungen sind darin nicht enthalten.

Herr Suberg erfragt, warum der Bau einer KiTa auf dem Bundeswehrgelände abgelehnt worden sei. Herr Ratzmann erklärt, dass Bedarf bekannt sei und eine Ablehnung seitens des Jugendamts nicht erfolgt sei. Frau Stomberg erklärt, dass die Ablehnung von einer Stelle der Bundeswehr erfolgt sei. Sie ergänzt, dass es jedoch bei der GPS eine Ablehnung gegeben habe. Das verneint Herr Schönfelder und fragt Herrn Puschmann als Ausschussmitglied und Geschäftsführung der GPS, ob ihm bekannt ist, was gemeint sei. Herr Puschmann äußert Irritation über die Diskussion. Frau Stomberg und Herr Koût halten daran fest, dass es diese Äußerung gegeben habe. Herr Schaar schlägt vor, dass die Stadt noch einmal proaktiv auf die GPS zugehe. Der Vorschlag wird angenommen.

Unter Beteiligung von Frau Hacke, Herrn Bruns, Frau Stomberg und Herrn Schönfelder wird darüber diskutiert, dass für die KiTa-Finanzierung Unterstützung des Landes notwendig sei. Frau Dr. Haarmann plädiert dafür, das Land stärker in die Pflicht zu nehmen.

6 Maßnahmen des Teilhaushaltes 251 (Jugend) für das HSK

Herr Schönfelder verdeutlicht, dass das von Herrn Bruns beschriebene Defizit ein entschlossenes Handeln erfordere. Die Liste, und darunter auch einige Maßnahmen im Bereich Jugend, z. B. Streetwork, Schulsozialarbeit, Beratungszentrum, Familienzentren und Jugendzentrum POiNT, seien öffentlich intensiv diskutiert worden. Der Verwaltungsvorschlag zur Haushaltskonsolidierung beinhalte nun nur einen Bruchteil davon, denn die weitreichenden Streichungen wären mit enormen Folgekosten verbunden gewesen.

Die Maßnahmen aus dem Verwaltungsvorschlag stellt Herr Ratzmann vor. Er erklärt, dass die öffentlich diskutierte Liste ein Tiefschlag für Jugendhilfelandchaft und 22 Mitarbeitende des Jugendamts gewesen wäre. Diese Streichungen zu verhindern, sei das oberste Ziel gewesen. Insofern sei der nun vorgestellte Verwaltungsvorschlag ein Kompromiss, mit dem die Leitung mitgehen könne, wenngleich nicht alle einverstanden seien.

Herr Koût erklärt, dass die ‚Liste des Grauens‘ befremdlich gewesen sei und betont die Relevanz präventiver Aufgaben. Herr Schönfelder gibt zu bedenken, dass die Liste öffentlich zum Teil falsch kommuniziert worden sei – es habe sich lediglich um eine notwendige Arbeitsliste und nicht um einen Vorschlag gehandelt.

Herr Bruns erläutert, dass das übliche Vorgehen bei einer Haushaltskonsolidierung diese Schritte beinhalte. Zuerst sei es nötig, zu schauen, was es überhaupt für Möglichkeiten gebe, d. h., alles anzuschauen und eine solche ‚Liste des Grauens‘ zu erstellen. Anschließend erarbeite die Verwaltung aus dieser Liste einen Vorschlag. Das sei das normale Verwaltungshandeln.

Herr Ratzmann erklärt, dass eine Maßnahme die Reduzierung der Fachleistungsstunden für Einstiegsphase und vorstationäre Klärungsphase sei. Herr Schaar erkundigt sich nach den Auswirkungen der Maßnahme. Herr Ratzmann erklärt, dass langfristig angedacht sei, das Clearing wieder vollständig in die Hände des JSD zu geben, damit die Mitarbeitenden engeren Kontakt zu den Familien haben und Fälle noch besser steuern können. Frau Dr. Haarmann gibt zu bedenken, dass die Reduzierung der Fachleistungsstunden mit einem Qualitätsverlust verbunden seien.

Herr Ratzmann führt fort, dass auch eine Reduzierung der Mittel für „Pro Verselbstständigung“ auf der Vorschlagsliste stehe, was zwei statt vier wöchentlichen Beratungsterminen bedeute. Weiterhin sei aktuell eine Streetwork-Stelle unbesetzt, welche laut Verwaltungsvorschlag weg falle. Statt zwei Streetwork-Teams für Nord und Süd solle es eine Umstrukturierung in ein stadtweites dreier Team geben. Hinsichtlich der Familienzentren sei eine Kürzung der Projektmittel von 15.000 € pro Jahr pro Familienzentrum vorgesehen. Die seit 2020 abgeschaffte buchhalterische Übertragung nicht ausgegebener Mittel habe dazu geführt, dass jährlich große Überschüsse zurückgefordert werden mussten. Die Überschüsse seien je nach Familienzentrum sehr unterschiedlich gewesen. Herr Schönfelder ergänzt, dass jedem Familienzentrum jährlich 50.000 Euro Projektgelder zur Verfügung stehen, davon 40.000 Euro in Verfügung der Sozialraumgremien und 10.000 Euro in Verfügung der Familienzentren.

Herr Ratzmann führt weiter aus, dass auch in der Heimerziehung Einsparungen vorgesehen seien. Durch die Neubesetzung der lange vakanten Stelle in der wirtschaftlichen Jugendhilfe seien Fallabgaben von umgezogenen Familien möglich, die nicht mehr in örtlicher Zuständigkeit von Wilhelmshaven liegen, wodurch finanzielle und zeitliche Entlastung ermöglicht werden. Herr Ratzmann erklärt, dass auch darüber hinaus eine stärkere Fallsteuerung Heimerziehung vermeiden könne, was sowohl inhaltlich als auch finanziell im Interesse des Jugendamts liege.

Frau Heide, Herr Schaar, Frau Stomberg und Frau Biermann positionieren sich gegen eine Streichung der Streetwork-Stelle. Herr Gerjets pflichtet bei, dass eine Streichung im Widerspruch zu den steigenden Bedarfen stehe. Herr Schaar, Herr Fischer, Herr Witton und Herr Puschmann erklären weiterhin, dass sie eine Reduzierung der Mittel für die ohnehin unterfinanzierten Familienzentren nicht unterstützen.

Herr Prof. Dr. Weithöhner gibt zu bedenken, dass die aktuelle Liste das richtige Volumen habe und für jede Streichung eines Vorschlags ein neuer Vorschlag erbracht werden müsse. Herr Suberg pflichtet ihm bei und erklärt, dass die CDU ebenfalls Vorschläge einbringen werde.

Herr Hager resümiert, dass die Einsparungen im Jugendbereich schmerzlich seien und die Ergebnisse der Diskussion in den Rat mitgenommen werden, wo auch weitere Vorschläge eingebracht werden. Herr Ratzmann bedankt sich für die Unterstützung der Jugendarbeit.

gez. _____

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez. _____

Hager
Vorsitzender

gez. _____

Homma
Protokollführerin